nuierliche Mitbetreuung eines Patienten mit einer psychiatrischen Erkrankung in Alten- und Pflegeheimen und in beschützenden Einrichtungen) und die GOP 14314 mit der gleichen Leistung, hier aber für Kinder- und Jugendpsychiater. Bei demselben Kontakt sind auch Langzeit-EEG nach GOP 16311 beziehungsweise 21311 ebenfalls nicht neben der GOP 16231 abrechenbar.

GOP für Elektromyo- und Elektro-neurografische Untersuchungen

Weitere, allerdings für bestimmte Fragestellungen vorgesehene Zusatzpauschalen

sind die GOP 16232 für die Diagnostik und Behandlung von Erkrankungen der Wirbelsäule bei Jugendlichen und Erwachsenen sowie die GOP 16322 für die Abklärung einer peripheren neuromuskulären Erkrankung. Letztere beinhaltet obligat eine beidseitige elektromyografische sowie eine elektroneurografische Untersuchung. Die GOP 16322 ist maximal zweimal im Behandlungsfall abrechenbar, die GOP 16232 nur einmal, wobei hier aber mindestens zwei persönliche Arzt-Patienten-Kontakte pro Behandlungsfall gefordert werden.

Dr. med. Heiner Pasch

ICD-Codes für die GOP 16230, 16231 und 16233

Tabelle 2

A81	Atypische Virus-Infektionen des ZNS (z. B. Creutzfeld-Jakob-Krankheit)
C71.- bis C72	Bösartige Neubildungen des Gehirns und des Rückenmarks
F00.- bis F03	Demenz
F06.9	Hirnorganisches Syndrom
G09	Folgen einer Enzephalomyelitis
G10.- bis G13	Systematrophien
G20	Morbus Parkinson
G35	Multiple Sklerose
G40	Epilepsie
G43	Migräne
G50	Krankheiten des Nervus trigeminus
G54	Krankheiten von Nervenwurzel und Nervenplexus
G55	Kompression von Nervenwurzel und Nervenplexus
G60	Hereditäre und idiopathische Neuropathie
G61	Guillain-Barre-Syndrom und chronisch inflammatorisch demyelinisierende Polyneuritis
G70.- und G71	Myasthenie gravis, Muskeldystrophien und Myopathien
G80.- bis G82	Hemi-/Paraparese, Hemi-/Paraplegie
G83	Diplegie/Monoplegie
G91	Hydrozephalus
G95	Sonstige Erkrankungen des Rückenmarks
I60.- bis I69	Hirnblutungen und Hirninfarkte
M33	Polymyositis
M79	Neuralgie
R26	Störungen des Ganges und der Mobilität
R47	Aphasie

Ärztliche Fortbildung muss möglichst aktuell sein

Ärzte in Klinik und Praxis müssen sich regelmäßig fortbilden und auch gesicherte Erkenntnisse aus der einschlägigen Fachliteratur zeitnah umsetzen können. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz drohen ihnen sonst Schadenersatz- und Schmerzensgeldforderungen wegen grober Behandlungsfehler (Az.: 5 U 1450/11). Geklagt hatte eine Patientin, die vor einer OP die behandelnden Ärzte darauf hingewiesen hatte, dass sie die üblichen Narkosemittel nicht verträgt. Nach der Intubationsnarkose litt sie mehrere Tage an heftiger Übelkeit. Dies hätte mit der Gabe eines weiteren Medikaments, über das bereits ein Jahr vor der OP in der Fachliteratur berichtet wurde, jedoch verhindert werden können, so die Richter. mwo

PKV spart bei niedergelassenen Ärzten

Die Ausgaben der PKV für ambulante Behandlung sind 2011 pro Kopf gesunken – allerdings nur leicht um 0,9%. Trotzdem sehen die PKVen bei den Kosten der ambulanten Arztbehandlung keine Anzeichen für eine Trendwende. In den Jahren 2000 bis 2010 seien die abgerechneten ambulanten Arztleistungen pro Versichertem um 38,9% gestiegen, sagt der Sprecher des PKV-Verbands Stefan Reker. „Dabei hat es in den einzelnen Jahren Ausreißer nach oben und jetzt auch einen nach unten gegeben.“ Doch beides ändere nichts an der Langzeitentwicklung. Während die Zahl der Privatversicherten von 2000 bis 2010 um 18,7% auf 8,9 Millionen gestiegen ist, nahmen die Ausgaben für die ambulante Arztbehandlung im selben Zeitraum um 65,5% auf 5,2 Milliarden € zu. iss

BGH erschwert Abzocke mit Online-Branchendiensten

Der Bundesgerichtshof hat die Abzocke mit Online-Branchenverzeichnissen erschwert. Demnach dürfen die Gebühren für den Branchendiensteintrag nicht irgendwo unauffällig im Antragsformular oder an anderer Stelle versteckt werden, sondern müssen so platziert sein, dass sie von einem durchschnittlich aufmerksamen Vertragspartner ohne Weiteres zu erkennen sind. Ansonsten seien sie kein Vertragsbestandteil. Die Richter begründen dies unter anderem damit, dass viele Grundeinträge in Online-Branchenverzeichnissen unentgeltlich angeboten würden (Az.: VII ZR 262/11). eb